

Fälle von Kindesmissbrauch: Zahl der Täter steigt - Polizisten erhalten mehr Rechte

17.01.20, 12:10 Uhr



Damit Polizisten gegen Männer vorgehen können, die in Internet-Foren Kontakt zu jungen Mädchen suchen, hat der Bundestag neue Rechte für Ermittler beschlossen.

Foto: Arne Dedert/dpa

Bergisch Gladbach/Lügde/Berlin - Der Missbrauchsfall von Bergisch Gladbach zieht immer weitere Kreise und auch die Zahl der Verdächtigten steigt immer höher. Zwischenzeitlich gab es die Vermutung, dieser Fall würde mit den Missbrauchsfällen von Lügde zusammenhängen. Derweil beschließt der Deutsche Bundestag mehr Rechte für in Missbrauchsfällen ermittelnde Polizeibeamten.

Erst vor ein paar Tagen teilte die Staatsanwaltschaft Köln mit, dass die Polizei im Missbrauchsfall Bergisch Gladbach nun auch einen in Österreich lebenden Beschuldigten ermittelt hat. Und auch die Zahl der Verdächtigten ist gestiegen. Nach Angaben der Kölner Polizei gibt es in der Sache allein in Nordrhein-Westfalen derzeit 25 Beschuldigte, von denen acht in Haft sind.

Kein Kinderporno-Material aus Lügde in Bergisch-Gladbach

Das NRW-Justizministerium hat seine Einschätzung bekräftigt, dass es zwischen den beiden Kindesmissbrauchskomplexen in Bergisch Gladbach und Lügde keinen strafrechtlichen Zusammenhang gibt. Zwar habe ein Verwandter des mutmaßlichen Haupttäters von Bergisch Gladbach nach den Ermittlungen tatsächlich von 1984 bis 1995 auf dem Campingplatz in Lügde einen Stellplatz gehabt. Der Mann sei aber bereits bei den Lügde-Ermittlungen ohne relevantes Ergebnis überprüft worden, sagte ein Vertreter des NRW-Justizministeriums am Donnerstag im Familienausschuss des Landtages.

Anders als in Medienberichten vermutet, seien bei den Ermittlungen zu dem Missbrauchsnetzwerk Bergisch Gladbach bisher auch keine Bild- und Videodateien mit Geodaten aus Lügde festgestellt worden, sagte der Ministeriumsvertreter.

Ein weiterer Verwandter des Beschuldigten von Bergisch Gladbach habe nach den Ermittlungen zwischen 2005 und 2009 zwei Mal eine Parzelle in Lügde besessen und einen Campingwagen an einen inzwischen verurteilten Lügde-Täter verkauft. Die Eltern des Mannes hätten aber ausgesagt, dass sie den Lügde-Täter nie auf dem Campingplatz gesehen hätten.

Die Grünen-Abgeordnete Verena Schäffer sagte, es falle sehr schwer, bei der Verbindung zwischen Bergisch Gladbach und Lügde an einen bloßen Zufall zu glauben. Die Behörden müssten den Tatort Lügde erneut in den Blick nehmen. Möglicherweise gehöre das Thema Bergisch Gladbach auch in den Untersuchungsausschuss

«Kindesmissbrauch», der nach Bekanntwerden der Fälle von Lügde eingerichtet worden war, sagten Schäffer und der SPD-Abgeordnete Dennis Maelzer.

NRW-weit gab es allein 2017 mehr als 2300 Fälle von Kindesmissbrauch, hieß es in einer Vorlage für die Sitzung. Die Dunkelziffer liege nach allen Erkenntnissen deutlich höher. Gut drei Viertel der Opfer seien Mädchen. Die Strukturen zum Kampf gegen den Missbrauch müssten kritisch überprüft und wenn nötig verbessert werden.

Mehr Rechte für Ermittler im Kampf gegen Kindesmissbrauch

In Internetforen kursieren grausame Videos missbrauchter Kinder. Erwachsene Männer sprechen in Chaträumen kleine Mädchen an. Bisher hat die Polizei kaum Chancen, an die Täter ranzukommen. Das soll sich durch eine Reform ändern.

Ermittler bekommen im Kampf gegen Kindesmissbrauch neue Möglichkeiten. Wie der Bundestag am Freitag beschloss, dürfen sie sich künftig mit künstlich am Computer erzeugten Missbrauchsvideos in Internetforen einschleichen.

Zugang zu solchen Tauschbörsen bekommt man oft nur, wenn man selbst Bilder oder Videos mit grausamen Missbrauchsszenen hochlädt. Bisher konnten die Ermittler in diese Kreise nicht eindringen, da sie dazu selbst eine Straftat hätten begehen müssen.

«Wir dürfen nie vergessen, dass hinter kinderpornografischen Bildern schreckliche Missbrauchstaten an Kindern stehen», betonte Justizministerin Christine Lambrecht (SPD). Sie wolle den Ermittlern alle Instrumente an die Hand geben, um Täter, Hintermänner und Portalbetreiber schneller zu verurteilen. «Diese computergenerierten Bilder sehen echten Bildern täuschend ähnlich, zeigen aber niemals echte Kinder», betonte sie.

Die künstlichen Missbrauchsvideos dürfen künftig nur dann genutzt werden, wenn sich die Taten nicht anders aufklären lassen und ein Gericht zustimmt. Außerdem dürfen zur Herstellung keinerlei Abbildungen echter Menschen verwendet werden. In der Bundestagsdebatte sagten Abgeordnete mehrerer Fraktionen, es gebe Bedenken, so noch mehr Missbrauchsmaterial in Umlauf zu bringen - es wiege aber schwerer, dass man so endlich die Chance habe, besser an die Täter ranzukommen.

Der Missbrauchsbeauftragte der Bundesregierung, Johannes-Wilhelm Rörig, warnte, die künstlichen Videos dürften «nur als Ultima Ratio in Umlauf gebracht werden». «Aber wir sollten uns dieser Möglichkeit der Verbrechensbekämpfung nicht berauben», sagte er der Deutschen Presse-Agentur.

Auch der Kinderschutzbund sprach sich trotz zahlreicher Bedenken dafür aus, im Kampf gegen Kindesmissbrauch Lockvögel und animierte Bilder einzusetzen. «Unser Rechtsstaat muss auch im Netz handlungsfähig bleiben», forderte Verbandspräsident Heinz Hilgers. Derzeit könnten Täter im sogenannten Darknet «völlig ungeniert und unbehelligt Gewaltdarstellungen austauschen».

Mit dem neuen Gesetz wird auch bereits der Versuch strafbar, in sozialen Medien sexuelle Kontakte zu Kindern anzubahnen. Anders als bisher können künftig auch Täter bestraft werden, die zwar glauben, sie kommunizierten mit einem Kind - tatsächlich antwortet ihnen aber ein verdeckter Ermittler, der sich als Kind ausgibt. «Die Täter handeln in der gleichen schrecklichen Absicht, das Vertrauen eines Kindes für eine spätere Missbrauchstat zu gewinnen», begründete Justizministerin Christine Lambrecht (SPD) die Änderung.

Kinderschützer berichten über Missbrauchsfolgen für Opfer

Der Untersuchungsausschuss des nordrhein-westfälischen Landtags zum Thema Kindesmissbrauch will sich heute vor allem mit der Opferperspektive befassen. Dazu sind Sachverständige wie die Sozialpädagogin Ursula Enders geladen. Die Mitbegründerin und Leiterin der Kölner Kontaktstelle «Zartbitter» gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen und Jungen soll den Abgeordneten helfen, das Ausmaß und die Folgen des Missbrauchs realistisch einzuordnen.

Angehört wird auch der Sozialpsychologe Heiner Keupp von der «Unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung sexuellen Kindesmissbrauchs» in Deutschland. Darüber hinaus wird ein Experte zu Arbeit und Strukturen der Jugendämter befragt.

Der Untersuchungsausschuss durchleuchtet seit September 2019, inwieweit der massenhafte und jahrelange Kindesmissbrauch auf einem Campingplatz im lippischen Lügde durch Versäumnisse und Fehleinschätzungen von Regierungsstellen begünstigt wurde. Das Landgericht Detmold hatte im vergangenen Herbst langjährige Freiheitsstrafen und Sicherungsverwahrung gegen die Haupttäter verhängt. Ob der Fall auch strafrechtliche Folgen für Polizisten und Mitarbeiter von Jugendämtern Nordrhein-Westfalens und Niedersachsens haben wird, ist noch offen.

Allein in NRW gab es 2017 nach jüngsten Angaben der Landesregierung mehr als 2300 erfasste Fälle von Kindesmissbrauch. Es müsse aber von einer deutlich höheren Dunkelziffer ausgegangen werden. Gut drei Viertel der Opfer sind Mädchen. (red/dpa)